

Buchbesprechung

Das Jahr 1995 bringt für die Republik Indonesien mehrere Jahrestage, die bedeutende Phasen ihrer Geschichte seit der Unabhängigkeit markieren. Vor fünfzig Jahren, am 17. August 1945 erklärte der spätere Präsident Sukarno die Unabhängigkeit des Landes. Zwanzig Jahre später, im Oktober 1965, veränderten die blutigen Ereignisse um den angeblichen kommunistischen Putsch die politische Landschaft Indonesiens radikal und brachten den damaligen Generalmajor Suharto an die Macht. Wiederum zehn Jahre später, im Dezember 1975, marschierten indonesische Elitetruppen in die ehemalige portugiesische Kolonie Osttimor ein, die wenige Monate zuvor ihre Unabhängigkeit erklärt hatte.

amnesty international

Indonesien und Osttimor: Kein Paradies für Menschenrechte

Bonn: Selbstverlag 1994
206 S., Abb., DM 10,-

zu beziehen über *amnesty international* oder die Südostasien-Informationsstelle

Für viele Indonesier stellen diese "Jubiläen" keineswegs einen Anlaß zum Jubeln dar. Zwar hat der Inselstaat seit der Veröffentlichung des ersten "Fünfjahresplans für den Nationalen Aufbau" (REPELITA) im Jahr 1969 ein beachtliches Wirtschaftswachstum erlebt, das ihn mittlerweile als einen weiteren "Tiger" erscheinen läßt. Die Situation der Bürgerrechte, der politischen Partizipation und sozialen Gerechtigkeit hat in den vergangenen dreißig Jahren aber keine in gleicherweise positive Entwicklung genommen. Das Folgen der Umsturzes und politischen Verfolgung in den Jahren nach 1965 sind immer noch gegenwärtig. Noch immer haben Tausende Indonesier den Eintrag "ET" (Ehemaliger Politischer Gefangener) in ihrem Personalausweis und werden damit zu Bürgern zweiter Klasse gestempelt, werden von einer beruflichen Karriere, öffentlichen Ämtern und politischer Aktivität ferngehalten. Der Vorwurf, mit kommunistischem Gedankengut zu sympathisieren oder mit solchen Personen bekannt oder verwandt zu sein, dient in der gegenwärtigen politischen Auseinandersetzung Indonesiens als äußerst wirksames Mittel, den politischen Gegner oder mißliebige Personen auszuschalten oder kaltzustellen.

Das Problem der ehemaligen politischen Gefangenen und die Bedrohung von Presse und Meinungsfreiheit sind nur zwei Komplexe, die der jüngste Indone-

sien-Bericht der Gefangenenhilfsorganisation *amnesty international* behandelt. Unter dem Titel "Indonesien und Osttimor: Kein Paradies für Menschenrechte" gehen die Autoren zunächst der Geschichte des Repressionssystems seit der Errichtung der Neuen Ordnung Ende der sechziger Jahre nach. In den weiteren Kapiteln werden die Regierungsmaßnahmen der Aufstandsbekämpfung militärischer Gruppen in Aceh, Osttimor und Irian Jaya (West Papua), die sogenannten Extralegalen Tötungen, die Folterungen und Todesfälle in Haft, die Probleme von politischer Inhaftierung und unfairen Gerichtsverfahren sowie das leider stets aktuelle Thema der Todesstrafe untersucht. Was das vorliegende Buch von ähnlichen Berichten früherer Jahre unterscheidet ist ein Kapitel über die Beiträge der indonesischen Regierung zu der aktuellen Menschenrechtsdebatte. Die indonesische Regierung erkennt zwar einerseits die Universalität der in den UN-Deklarationen festgelegten Menschenrechtsstandards, verlangt andererseits – ganz ähnlich dem Nachbar Malaysia – einen weiten Spielraum bei der politischen Umsetzung dieser Standards, der letztendlich einen großen Freiraum für Menschenrechtsverletzungen einräumt. Die Regierung vertritt weiterhin die Auffassung, daß es sich bei den UN-Menschenrechtsstandards um "westliche" Werte handele, die nicht den kulturellen, religiösen und sozialen Gegebenheiten der asiatischen Gesellschaften entsprechen.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt die Einrichtung einer Nationalen Menschenrechtskommission, die im Dezember 1993 vollzogen wurde. Das 25köpfige Gremium unter dem Vorsitz eines ehemaligen Justizministers ist beauftragt, Ministerien und Behörden, die mit der Wahrung der Menschenrechte in Indonesien beauftragt sind, zu beraten sowie die Situation der Menschenrechte in Indonesien im allgemeinen zu beobachten. Zwar sind neben Vertretern der Regierung einige renommierte und als regierungsabhängig bekannte Anwälte und Juristen in der Kommissi-

on vertreten, aber es wurde kein Vertreter einer der bekannten und zahlreichen Menschenrechts- und Rechtshilfeorganisationen Indonesiens in diesem Gremium vertreten. Dieser Umstand und die Tatsache, daß die Kommission von ihren ohnehin beschränkten Befugnissen bisher nur sehr zurückhaltend Gebrauch gemacht hat, lassen keine wichtigen Anstöße diese Nationalen Menschenrechtskommission für eine aktivere Menschenrechtspolitik Indonesiens erwarten.

Diese Publikation von *amnesty* ist eine nüchterne und dennoch lesbare Bestandsaufnahme der politischen Freiheiten, besser Unfreiheiten, in einem Land, das sich gerade in den Kreisen deutscher Unternehmer und Politiker einer ständigen Sympathie sicher ist. Dieses wird die bundesdeutsche Öffentlichkeit im kommenden April deutlich erkennen können, wenn der indonesische Staatspräsident Suharto und sein Ziehsohn und Technologieminister Habibie der Hannover-Messe und dem Kanzleramt einen Besuch abstatten wird. Mit der Veröffentlichung dieses Buches wird *amnesty international* in der Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen Organisationen in der BRD dafür sorgen, daß kein allzu blenderisches Bild vom Investitionsparadies Indonesien gezeichnet werden kann.

Klaus H. Schreiner

Der Verfasser ist wiss. Mitarbeiter im Projekt Asienhaus mit Schwerpunkt Indonesien

Indonesien und Osttimor

Kein Paradies für Menschenrechte



amnesty international